

**AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG  
Abteilung Gebäudeverwaltung**

<b>ORT:</b>			3180 Lilienfeld, Babenbergerstraße 18		
<b>BAUVORHABEN:</b>			Amtsgebäude Bezirksgericht Lilienfeld, Sanierung und Umbau		
<b>INHALTSVERZEICHNIS:</b>					
KOSTENZIEL					
PROJEKTSBESCHREIBUNG					
TERMINZIEL					
<b>ERRICHTUNGSKOSTEN:</b> (PB.: 01.11.2021)			€	<b>5.400.000,-</b> inkl. USt.	
KOSTENRAHMEN IN EURO OHNE FINANZIERUNGSKOSTEN					

# TECHNISCHE BEILAGE

# Grundsatzentscheidung

<b>KOSTENERMITTLUNG</b>	Bezirksgericht Lilienfeld, Sanierung und Umbau
0 GRUNDKOSTEN	0,00
1 AUFSCHLIESSUNGSKOSTEN	157.000,00
2 BAUWERK - ROHBAU	755.000,00
3 BAUWERK - TECHNIK	672.000,00
4 BAUWERK - AUSBAU	1.834.000,00
5 EINRICHTUNGSKOSTEN	40.000,00
6 AUSSENANLAGEN	110.000,00
7 PLANUNGSKOSTEN UND HONORARE	864.000,00
8 NEBENKOSTEN	170.000,00
9 RESERVEN (ohne Teuerung)	798.000,00
<b>GESAMTKOSTEN (0 – 9)</b>	<b>5.400.000,00</b>
OHNE FINANZIERUNGSKOSTEN	

Preisbasis: November 2021  
Alle Summen in € inkl. USt.

<b>PROJEKTbeschreibung</b>	Bezirksgericht Lilienfeld, Sanierung und Umbau
<p>Die NÖ Landesimmobiliengesellschaft m.b.H. ist Eigentümerin der Liegenschaft in Lilienfeld, Babenbergerstr. 18. Dieses Amtsgebäude ist seit 1.4.1979 zu rund 65% an das Oberlandesgericht Wien für das Bezirksgericht Lilienfeld vermietet.</p> <p>Diese Gebäude entspricht derzeit weder baulich noch funktional, im Hinblick auf Behindertengerechtigkeit, Sicherheitstechnik und Nachhaltigkeit dem heutigen Standard. Um das Gebäude zu optimieren sowie notwendige bauliche, elektrotechnische und brandschutztechnische Erneuerungen durchzuführen ist eine Generalsanierung unumgänglich. Zusätzlich zur Generalsanierung sollen die Büroflächen im 2. Obergeschoß ausgebaut werden.</p> <p>Die Errichtungskosten dafür wurden durch die beauftragten Konsulenten mit EUR 5.400.000,- (Brutto, PB 11/21) ermittelt.</p> <p>Die Durchführung des Bauvorhabens ist von Dezember 2022 bis September 2023 vorgesehen.</p> <p>Der bestehende Mietvertrag aus dem Jahr 1979 zwischen der NÖ Landesimmobiliengesellschaft m.b.H. und dem Land NÖ wurde bereits im November 2017 mit einem Nachtrag geändert.</p> <p>Die Finanzierung des Bauvorhabens erfolgt durch die NÖ Landesimmobiliengesellschaft m.b.H. im Wege einer Mietzinserhöhung.</p> <p>Die Miete erhöht sich um EUR 15.000,-- p.m. ("Zusatzmiete") auf die Dauer von 15 Jahren, welche an den VPI gebunden ist.</p>	

## Finanzierungsanteile

Das Bundesministerium für Justiz gewährt einen Baukostenzuschuss von EUR 1.500.000,- (Brutto, Festpreis) für das eingemietete Bezirksgericht

Es liegt eine Zusage über eine Förderung der Kommunalkredit GmbH aus Mitteln des Klima- und Energiesparfonds von rund EUR 320.000,- (Brutto, Festpreis) vor.

Der Finanzierungsbeitrag des Landes beträgt somit EUR 3.580.000,- (Brutto, PB 11/21).

Finanzierungsanteile		Kostenzusammenstellung Preisbasis 11/2021	
		<b>inkl. Ust</b>	
1	Baukostenzuschuss BMJ	1.500.000 €	Festpreis
2	Förderung Klima- und Energiesparfonds	320.000 €	Festpreis
	<b>Gesamtbaubudget</b>	<b>5.400.000 €</b>	
	<b>Finanzierungsbeitrag Land NÖ, Gesamt</b>	<b>3.580.000 €</b>	

<b>TERMINZIEL</b>		Bezirksgericht Lilienfeld, Sanierung und Umbau
ZEIT	ARBEIT	FINANZBEDARF Land NÖ
Juli 2022	Ausschreibung Gewerke	
Dez. 2022 bis August 2023	Bauliche Umsetzung	
September 2023	Übergabe an Nutzer	
		<b>€ 3.580.000,-</b>
		PB.: 01.11.2021 (inkl. USt.)